

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 4

Artikel: Opposition zum Postsozialismus : die Konföderatuin Unabhängiges Polen legt zu
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092950>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Konföderation Unabhängiges Polen legt zu

Opposition zum Postsozialismus

Kann man in Polen noch antikommunistische Opposition betreiben, nachdem es in der Regierung gar keine Kommunisten mehr gibt? Man kann es durchaus und tut es mit wachsender Gefolgschaft. «Man» ist in diesem speziellen Fall die Konföderation Unabhängiges Polen (KPN), von der wir im Zeitbild schon mehrfach gesprochen hatten. Ihr Gründer und Vorsitzender, Leszek Moczulski, hat in Bern ein Pressegespräch geführt und war auch im SOI.

In Warschau ereignete sich Ende Januar eine Überfälligkeit. Die kommunistische Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) machte ihren Führungsbeschluss vom letzten Jahr wahr, entsagte ihrem marxistisch-leninistischen Charakter und wandelte sich in die Sozialdemokratie der Republik Polen (SRP) um. Eine Minderheit, die der Solidarnosc nahesteht, hat sich erst noch abgesplittet und die Sozialdemokratische Union gebildet, unter erklärtem Verzicht auf jegliche kommunistische Kontinuität.

So gibt es in Polen keine kommunistische Regierungspartei mehr. Wohl aber gibt es immer noch eine antikommunistische Opposition zur Regierung, und «immer noch» ist vielleicht nicht einmal das richtige Wort, denn sie befindet sich allem Anschein nach im Aufwind.

Der nominelle Widerspruch ist dabei das kleinste Problem. Die Opposition sieht die Weiterführung kommunistisch verursachter Übel auch ohne eine deklarierte kommunistische Macht, und den vielen ehemaligen PVAP-Mitgliedern an den Schalthebeln in den diversen Ämtern traut sie keine Wandlung zu. Somit ist die Umwandlung der PVAP für sie kein Argument.

Osteuropäisches Symptom in polnischer Ausführung

Indessen ist das Symptom der anhaltenden, wenn nicht sogar zunehmenden Unzufriedenheit mit den neuen Zuständen typisch für die zweite Etappe des osteuropäischen Umbruchs. Man findet dergleichen, natürlich in der jeweils spezifischen Ausprägung, heute akut auch in der DDR und in Rumänien, und die latenten Probleme einer neuen Konfrontation mit den ersten Ablösern der staatlichen Gewalt können sich jederzeit auch in Bulgarien, in Ungarn und sogar in

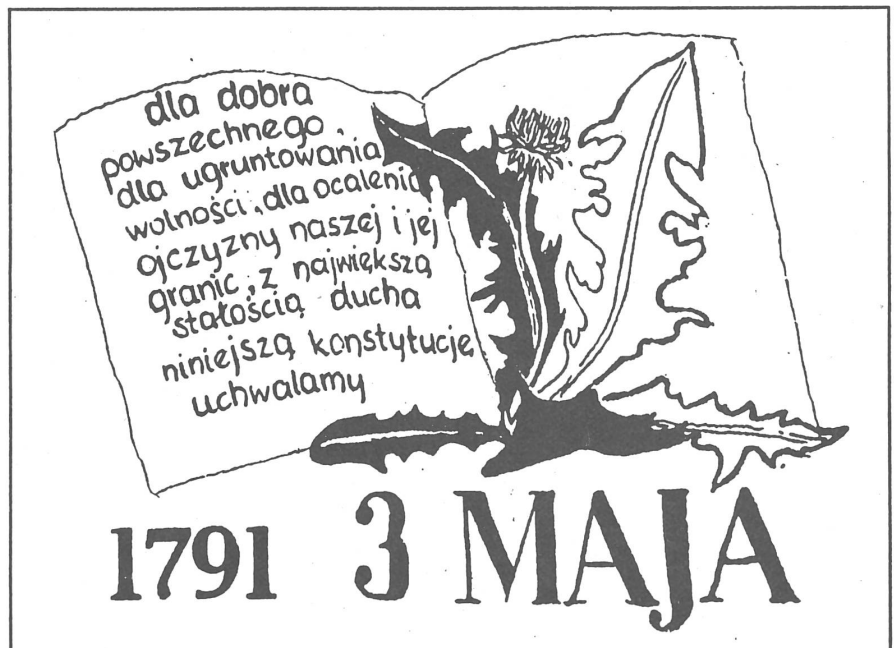
der Tschechoslowakei zuspitzen, obwohl dort die Alternative zum geübten System am eindeutigsten gesiegt hat.

Polen ist freilich das besonders gute Beispiel schon deshalb, weil die Opposition zum Reformkompromiss dort schon Tradition hat und organisatorisch einigermaßen fassbar ist. Wer in der DDR dem Neuen nicht über den Weg traut, macht sich selber auf den Weg und begibt sich in die Bundesrepublik. Wer sich in Rumänien betrogen vorfindet, manifestiert das in beliebiger Zusammensetzung auf der Strasse oder auf dem Universitätsgelände, weil die strukturellen Voraussetzungen für eine geordnete Sammlung von Gegenkräften nach programmatischen Richtlinien nicht vorhanden sind, so dass die Alternative zur provisorischen Regierung aus schierer Anarchie zu bestehen scheint. In Polen hat das Vorspiel zur kommunistischen Abdankung länger gedauert, und die Opposition gegen die Koalition von Solidarnosc und PVAP samt früheren Blockparteien hat namhafte Ausprägungen, insbesondere die Kämpfende Solidarnosc und eben die KPN, die Konföderation Unabhängiges Polen.

Den Hintergrund für deren relative Konjunktur bildet die wirtschaftliche und ökologische Krise, zu deren Remedur die solidariscgetragene Regierung zwar etliche neue Elemente einsetzt, aber kein eigentliches Kontrastprogramm (siehe den Beitrag von Bohdan Gorski in Nr. 2/1990).

Die gewandelte Solidarnosc

Die Rolle der Solidarnosc ist anders geworden, seitdem sie Verantwortung für die Führung des Landes gesucht und übernommen hat. In den Jahren 1980/81 war sie als gewerkschaftliche Opposition die polnische Massenbewegung schlechthin. Ihre zehn Millionen Mitglieder (heute sind es zwei Millionen) entsprachen nahezu der Gesamtheit der polnischen Werktätigen, und sonstige oppositionelle Gruppierungen betätigten sich in ihrem Rahmen. Die KPN vereinigte in diesem Sinne vorwiegend Solidarnosc-Leute, die vorrangig auf die nationale Unabhängigkeit des Landes drängten, das heisst auf Loslösung Polens vom damals noch intakten Sowjetlager. Das machte sich unmöglich aus, und so befand sich die KPN



Die KPN verbreitet zum Beispiel diese Karte, welche an die polnische Verfassung von 1791 erinnert.

als faktische Unabhängigkeitspartei immer im Untergrund, von der Parteipropaganda als nationalistisch und chauvinistisch verschrien, von der Solidarnosc-Führung mit schamhafter Diskretion übergangen.

Die Ausrufung des Kriegszustandes am 13. Dezember 1981 bedeutete für das Land und für die Solidarnosc eine gewaltige Zäsur, aber für die KPN änderte sich insofern weniger, als sie schon zuvor eine verbotene Organisation gewesen war und es auch weiterhin blieb und bis in die letzte Zeit geblieben ist. Indessen verstärkte der Eingriff bei vielen Polen die Überzeugung, eine Änderung zum Guten sei solange nicht zu erwarten, als das Land von der Sowjetunion und ihrem System abhängt. Diese Stimmungslage war keineswegs nur auf die kleine Untergrundgruppe der KPN beschränkt.

Dem Regime missriet die Normalisierung, und die soziale, wirtschaftliche und ökologische Lage wurde immer schlechter. Gleichzeitig lief in der Sowjetunion die Perestrojka an, was grünes Licht für emanzipatorische Bewegungen auch in Osteuropa bedeutete. Sowohl bei der Solidarnosc (formell immer noch illegal, aber längst wieder öffentlich aktiv) als auch beim Regime empfand man Ende 1988 das Bedürfnis, gemeinsam einen Ausweg aus der Krise zu finden. Die nachfolgenden Vereinbarungen am Runden Tisch – eine Vorwegnahme einer allgemeinen osteuropäischen Entwicklung – sahen einen graduellen Einbezug der Opposition in die politische Gewalt vor. Das bedeutete

Polen will seine Arbeitskräfte aus der DDR abziehen

Das polnische Ministerium für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland erwägt den Abzug aller gegenwärtig in der DDR eingesetzten 32 000 polnischen Arbeitskräfte.

Das berichtet die polnische Regierungszeitung «Rzeczpospolita» unter Berufung auf Informationen «gutunterrichteter Kreise». Diese hätten betont, dass von der Unterbrechung der Kontakte ausgegangen werden müsse, sollten die DDR-Behörden ihre Vorschriften zum Schutz des Binnenmarkts, «die auf die polnischen Bürger zielen und zu ununterbrochenen Schikanen gegen Polen in der DDR geführt haben», nicht aufheben. «Rzeczpospolita» konstatiert in diesem Zusammenhang, dass der Wert dieser Kon-

takte im Leistungsexport 1988 in die DDR etwa 380 Millionen Rubel betrug und zumeist Bauleistungen betraf. Vielen Polen in der DDR werde gegenwärtig die Möglichkeit genommen, Einkäufe jeglicher Art – einschliesslich Lebensmitteln – zu tätigen. «In dieser Situation, da die Gewährleistung der persönlichen Sicherheit von polnischen Beschäftigten in der DDR sowie die Sicherung von normalen Arbeits- und Lebensbedingungen für sie nicht gegeben ist, werden die polnischen Behörden gezwungen sein, die polnischen Arbeitskräfte aus der DDR zurückzuziehen.» Dieser Schritt sowie die Einführung eines Verbots für polnische Bürger, künftig eine Beschäftigung in der DDR aufzunehmen, wäre für die Wirtschaft der DDR «sehr schmerzhaft», insbesondere im Bereich der Energetik. sr

gegenseitige Anerkennung, und der Kompromiss wurde sowohl von den sogenannten Betonköpfen in der Partei als auch von den widerstandsentschlossenen Kreisen an der Solidarnosc-Basis als Verrat an der jeweils eigenen Sache empfunden. Zum Beispiel erbitterte es viele Arbeiter, dass die Solidarnosc-Führung nicht mehr für Streiks zu haben war.

Die Wahlen vom letzten Jahr brachten dann trotz einer festgesetzten Sitzverteilung zur Rettung der PVAP-Mandate den ausgehandelten Fahrplan durcheinander. Die Wähler erteilten den Blockparteien eine so gewaltige Absage, dass man den Volkswillen respektieren musste, und die Solidarnosc sah sich in eine geteilte Regierungsverantwortung katalpultiert.

ZITIERT

Polen in Europa

Europa erlebt Aussergewöhnliches, will doch die Hälfte des Kontinents, die fast ein halbes Jahrhundert von der jahrhundertelangen Gemeinschaft losgerissen war, in sie zurückkehren. Zurück nach Europa! Dieser Ruf wird in den Ländern Mittel- und Osteuropas immer lauter.

Vielleicht ist die Losung «Zurück nach Europa» noch ein zu schwacher Ausdruck für den Vorgang, dessen Zeugen wir sind. Man müsste eigentlich von einer Wiedergeburt Europas sprechen, das im Grunde seit den Vereinbarungen von Jalta nicht mehr richtig bestanden hat.

Die Polen sind ein Volk, das sich seiner Zugehörigkeit zu Europa und seines Europäertums immer bewusst ist. Der Bezugspunkt für seine Identität war immer Europa.

Europa ist dem polnischen Bewusstsein gegenwärtig als ein Wert, für den es sich zu leben lohnt, und als ein Wert, für den man auch bereit sein kann zu sterben. (...)

Wir Polen fühlen uns heute wie ein Mensch nach schwerer Krankheit.

Wenn es uns gelungen ist, als Volk zu überleben, so verdanken wir das – unter anderem – unserer tiefen Verbundenheit mit bestimmten Institutionen und bestimmten Werten Europas. Wir verdanken das der Religion und der Kirche; wir verdanken das unserm Festhalten an Demokratie und Pluralismus, an den Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten. (...)

Wir kennen den Wert des Europäertums und des europäischen Vermächtnisses, an dem die Bewohner des Westens teilhaben, sogar ohne Erbschaftsteuer zu bezahlen. Wir können ihnen diesen Wert bewusst machen. Wir bringen in Europa unsern Glauben an Europa ein.

Der polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki in seiner Rede vor dem Europarat am 30. Januar 1990.

Gegen den Kompromiss

Das hat – soweit logischerweise – zu einer verstärkten Opposition gegen die Kompromisspolitik geführt. Die KPN, die weitgehend bei ihrem früheren Selbstverständnis geblieben ist, erscheint in dieser Hinsicht als Symptom.

Ihr Vorsitzender, Leszek Moczulski, weist den Vorwurf, eine solidarnoscfeindliche Politik zu betreiben, mit dem Argument zurück, dass die KPN-Mitglieder grösstenteils selber zur Solidarnosc gehörten, wie denn überhaupt der Widerstand gegen den unklaren Regierungskurs hauptsächlich aus den Reihen der Solidarnosc herrühre.

Als Organisation ist die KPN klein. Sie baut immer noch auf ihren Untergrundstrukturen auf und hat etwa 50 000 Mitglieder, verteilt auf 5000 kleinere bis winzige Zellen im ganzen Land. Allerdings vermeldet sie seit Dezember des letzten Jahres erhöhte Zuwachsraten von 100 bis 200 Mitgliedern pro Tag.

Ihre Popularitätskurve weist jedenfalls nach oben. Bei den Wahlen vom letzten Juni erzielte die KPN dort, wo sie überhaupt kandidierte, Bestergebnisse von 5,6 %, und inzwischen hat sich die Zahl ihrer Sympathisanten offenbar verdreifacht. Laut einer

Umfrage zum letzten Jahresende rangiert sie bei der Bevölkerung an zweiter Stelle, wenn auch weit abgeschlagen hinter der Solidarnosc. Demnach verteilt sich die Unterstützung der Bevölkerung auf die politischen Hauptgruppierungen so: Solidarnosc 50 %, KPN 18 %, Bauernparteien 12 %, PVAP (inzwischen SRP) plus ehemalige Blockparteien 10 %, kirchliche Gruppierungen 9 %, Rest 1 %.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die neueste Erhebung vom Februar, durchgeführt von Radio und TV Warschau, über die Reihenfolge der persönlichen Sympathieträger (Mehrfachnennungen möglich). Die Spitze sieht folgendermassen aus: 1. Tadeusz Mazowiecki 85 %, 2. Josef Glomp 79 %, 3. Lech Walesa 72 %. Hier schneidet Kardinal Glomp relativ gut und Lech Walesa relativ schlecht ab. Als erster Kommunist nimmt Staatspräsident Wojciech Jaruzelski mit 32 % den 13. Platz ein, und Leszek Moczulski kommt mit 10 % an die 20. Stelle, immerhin noch vor dem Parteichef und ehemaligen Ministerpräsidenten Mieczyslaw Rakowski und andern Berühmtheiten.

Zusammengenommen liesse sich sagen, dass das persönliche Prestige der Regierungs- und Solidarnosc-Exponenten höher ist als das Prestige ihrer Politik, ein Eindruck, den man auch aus Gesprächen mit der Bevölkerung gewinnen kann (siehe Nr. 2/1989).

Mit Streiks zu freien Wahlen?

Aus der Sicht der KPN jedenfalls führt die jetzige Politik nicht aus dem Morast heraus. Die Unabhängigkeitspartei fordert politisch und organisatorisch den völligen Bruch mit der KP-Vergangenheit und ihren Trägern, ökonomisch die Übernahme einer mittelständisch abgestützten Marktwirtschaft und national die völlige Unabhängigkeit von Moskau. Dabei fällt auf, dass «Moskau» für die KPN-Vertreter immer noch einen ähnlichen Stellenwert hat wie früher, und ihr Kampf gegen die «Moskowiter» in den Reihen der ehemaligen PVAP hat einen etwas anachronistischen Beigeschmack. Andererseits zieht die Parole der Unabhängigkeit aber um so mehr, als diese heute von Moskau weitgehend ermöglicht wird. Demzufolge wird auch der Solidarnosc-Führung vorgeworfen, übertriebene Rücksicht auf den grossen Partner zu nehmen.

Etwas ist schon daran. Zum Beispiel hat die Solidarnosc von sich aus nie einen sowjetischen Truppenrückzug aus Polen angeregt, und jetzt hat Moskau selber die Initiative dazu ergriffen. In andern osteuropäischen Ländern war die analoge Forderung sowohl von der Regierung als auch von der Opposition erhoben worden.

Laut KPN politisiert Polen heute zwischen Stuhl und Bank, was zur Katastrophe führe.

Als unabdingbar erachtet sie die möglichst rasche Durchführung völlig freier Wahlen. Danach wäre sie gegebenenfalls bereit, an einer grossen Koalition unter Ausschluss der (ehemaligen) Kommunisten mitzuwirken.

Inzwischen, so heisst es im Regierungslager, betreibe die KPN allerdings eine Obstruktionspolitik, welche die schwierige Lage auf keinen Fall erleichtere. Insbesondere ermuntere sie die Arbeiter zu wilden Streiks und gewalttätigem Aufruhr, ein demagogisches Spiel mit der (berechtigten) Unzufriedenheit der Bevölkerung in wirtschaftlicher Hinsicht.

Moczulski dementiert diese Rolle formell etwas entschiedener als inhaltlich. Die KPN organisiere keinerlei Streiks und rufe auch nicht dazu auf. Sie fühle sich lediglich verpflichtet, gerechtfertigte Postulate der Streikenden mit politischen Mitteln zu unterstützen. Was heisst das genau, wenn es um das praktische Verhalten geht?

Wie dem auch immer sei, die neue Auseinandersetzung in Polen demonstriert auf exemplarische Art, dass mit der Abdankung der gebannten Macht die Verhältnisse in Osteuropa noch nicht geklärt sind.

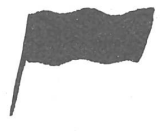
Christian Brügger

ŚRODA

Proletariusze wszystkich krajów, łączycie się!



Trybuna Ludu



ORGAN KOMITETU CENTRALNEGO POLSKIEJ ZJEDNOCZONEJ PARTII ROBOTNICZEJ

Nr 2 (14049)

Rok wyd. XLII

Warszawa, 3 stycznia 1990 r.

Wydanie 3

Cena 200 zł

Sowieci do domu? • Drawicz, Sokorski - wzorzec prezesa

TRYBUNA

TAJEMNICE lochów przy Stalowej

NOC w radiowozie

KPCz - rozbicie faktem

NIEMCY: nie czy, lecz jak

LUZIE boją się i wierzą

NR 1 ROK WYD. I

WARSZAWA, PONIEDZIAŁEK 12.II.1990 ROK

WYD. 3

CENA 300 ZŁ

So wurde aus der kommunistischen Zeitung «Trybuna Ludu» (nach einer Zwischenlösung) die Tageszeitung «Trybuna».